

Als Bischof Machens am 14. August 1956 in Hildesheim starb, reagierte die Öffentlichkeit unterschiedlich auf seinen Tod. Zeitzeugen fällten über den Verstorbenen ein kontroverses Urteil. Noch wenige Monate vor seinem Tod ehrten Kirche und Staat den Bischof für seine Verdienste, die er sich nach Ansicht der Römischen Kurie und der Niedersächsischen Landesregierung in der NS-Zeit und nach dem Zweiten Weltkrieg erworben hatte. Durch seine Opposition im »Dritten Reich«, durch die Förderung der Integration der Heimatvertriebenen nach 1945 und durch sein ökumenisches Engagement hatte sich Machens ihrer Meinung nach verdient gemacht. Nach dem Urteil von Kirche und Staat gehörte er zu den herausragenden Persönlichkeiten unter den Hildesheimer Bischöfen. Die jüdische Gemeinde Niedersachsens urteilte ganz ähnlich über ihn. Sie nannte Machens einen »Freund« und »großen katholischen Bischof«. Aus Dankbarkeit spendete sie 1958 sogar für den Bau des Priesterseminars in Hildesheim.

Der Deutsche Bundestag gedachte des verstorbenen Hildesheimer Bischofs 1956 in einer Schweigeminute. In Bonn war der Hildesheimer durch seine eigenwillige Politik aufgefallen. Bischof Machens hatte mit Bundeskanzler Adenauer eng zusammengearbeitet. Nicht zuletzt wegen seiner unnachgiebigen Haltung gegenüber den niedersächsischen Sozialdemokraten im Schulkampf hatte ihn der Bundeskanzler politisch gestützt. Der ehemalige niedersächsische Ministerpräsident und frühere Kontrahent des Bischofs, Hinrich Wilhelm Kopf, meldete sich nach dem 14. August 1956 zu Wort und sandte ein Beileidstelegramm nach Hildesheim, in welchem er die politische Fairness von Machens im Schulkampf lobte. Kopfs Partei, die SPD, schloss sich seiner Meinung an. Die niedersächsischen Sozialdemokraten bezeichneten Machens als einen großen Mann und Bischof, der sich in zahlreichen Konflikten mit der Partei immer korrekt verhalten hatte. Schließlich sprachen die Genossen von einem demokratischen Bischof, der die politische Szene in Niedersachsen nach 1945 bereichert hatte. Die niedersächsische CDU – so im Kondolenzschreiben der Partei – hatte einen Vertrauten, Freund und Berater verloren.

In Fragen der Anerkennung von kirchlichen Rechten und Traditionen, wozu die Wiedereinführung von Konfessionsschulen gehörte, lag es auch nahe, dass sich Machens politische Rückendeckung bei der Christlich Demokratischen Union (CDU) holte. Er vertraute Bundeskanzler Konrad Adenauer, der den Kirchen versichert hatte: »Die christlichen Parteien müssen die Trümmer aus dem Felde räumen, damit die christlichen Kirchen säen können.« In der Partei des Bundeskanzlers fand der Bischof seine politische Heimat. Machens wurde Parteimitglied der CDU. Schon 1946 hatte er die

Katholiken aufgerufen: »Ich bitte, nachdem auch in der Bischofsstadt das Zentrum sich der CDU unter Wahrung seiner Grundsätze angeschlossen hat, denselben Weg mit mir zu gehen.« Der Schulkampf bestärkte ihn später in seinem Entschluss zur Parteimitgliedschaft. Das an der Landesregierung beteiligte Zentrum vermochte nicht seinen Forderungen im Schulkampf Nachdruck zu verleihen. In Augen des Bischofs hatte diese Partei versagt. Machens stützte sich auf Adenauer und dessen Partei, für die er sich in der Öffentlichkeit wiederholt stark gemacht hatte. Der Vorwurf, dass sich politische Agitation kaum mit dem katholischen Bischofsamt vereinbaren ließ, störte ihn nicht. Auch Adenauer scheute sich umgekehrt nicht, kirchliche Veranstaltungen für politische Zwecke zu nutzen. Der Kanzler warb um Wählerstimmen.

Adenauer verfügte im katholischen Milieu über das Image eines starken »Führers«, der an der Spitze einer dem Namen nach christlichen Partei stand. Darüber hinaus war er bekennender Katholik und Antikommunist, wobei es nahe lag, dass sich die katholischen Bischöfe von ihm politische Rückendeckung holten. Die Hildesheimer Kirchenzeitung urteilte 1953 über ihn: »Eindeutig gibt Dr. Adenauer Rechenschaft für seine vielseitige Arbeit.« »Wenn einmal der Nebel und der Wirbel von dieser Zeit gewichen sind, so will ich, daß man von mir sagen kann, daß ich meine Pflicht erfüllt habe.« Das ist die Haltung dieses Mannes, der nicht heute verspricht, um morgen nicht nach dem Grundsatz zu handeln: »Was kümmert mich mein Geschwätz von gestern.« »Was er sagt, sitzt.«

Schon 1952 zeichneten sich immer stärker die politischen Koalitionen in der strittigen Schulfrage ab. Auf der einen Seite Bischof Machens, später im Gefolge seiner Anhängerschaft mit Bundeskanzler Adenauer und Kardinal Josef Frings. Auf der anderen Seite Ministerpräsident Hinrich Wilhelm Kopf mit seinem sozialdemokratischen Kabinett, unterstützt von der starken Regierungspartei der SPD im Niedersächsischen Landtag, der FDP und des BHE. Während die kirchliche Seite auf die Restitution der Schulverhältnisse vor 1933 pochte, drängte die Landesregierung auf die Entkonfessionalisierung der Schulen, die per Gesetz von 1953 mehr oder minder durchgeführt werden sollte.

Der niedersächsische Schulkampf brachte die westdeutschen Sozialdemokraten dann endgültig in den Verdacht der Sympathie mit der Regierung Ulbricht, zumal zeitgleich eine heftige Auseinandersetzung um die katholischen Schulen in der DDR entbrannte. Die Kirchenzeitung druckte in ihrer Ausgabe vom 6. Dezember 1953: »Wenn etwa Walter Ulbricht dieses Schulgesetz liest! Wird er nicht vor Freude seine engsten Genossen zusammenrufen und ihnen ein Mahl vorsetzen ob des gelungenen Teilsieg

des Materialismus? Ja, er wird es tun. Und er wird auf die Genossen trinken, die die Einheitsfahne auf die Einheitsschule setzen.«

Am 27. Juni 1954 verabschiedete der Niedersächsische Landtag in zweiter Lesung gegen den Willen von Bischof Machens, der deutschen Bischöfe, der Bundesregierung und Papst Pius XII. das neue Schulgesetz, das die Einrichtung von Konfessionsschulen an gewisse Bedingungen knüpfte und deswegen erschwerte. Ein halbes Jahr zuvor hatten die Kontrahenten in der Schulfrage noch einen gemeinsamen öffentlichen Auftritt gehabt. Am 5. Januar 1954 beteten Kanzler und Bischof im Lager Friedland, sichtlich bewegt vom Augenblick der Geschichte, als deutsche Soldaten aus russischer Kriegsgefangenschaft heimkehrten. Etwas abseits hatte Ministerpräsident Hinrich Wilhelm Kopf gestanden. Ihm freundlich und offen zu begegnen war Machens sichtlich bemüht gewesen. Er versuchte dadurch die Spannungen auszugleichen, die bei offiziellen Terminen zwischen Bundeskanzler und Ministerpräsidenten stets gegenwärtig waren.

Das Bündnis zwischen Machens und Adenauer wurde durch weitere, wichtige Aspekte in der Heimatvertriebenenpolitik noch bekräftigt. Adenauer war der Ansicht, je höher der prozentuale Anteil von katholischer Bevölkerung in Niedersachsen lag, desto mehr wurde die sozialdemokratische Majorität in diesem Bundesland erschüttert. Wiederholt hatte sich die Landesregierung im Bundesrat der Regierung Adenauer verweigert. Machens bezog in diesem Punkt ebenso klare Position. Er ging davon aus, dass sich durch die dauerhafte Niederlassung von Katholiken aus dem Osten dem Bistum Hildesheim die Chance bot, sich vom norddeutschen Missionsbistum zur Diasporadiözese zu entwickeln. Auch darin war man sich mit Hannover uneins gewesen. In Niedersachsen mangelte es sowohl an Wohnraum als auch an Arbeitsmöglichkeiten.

Das Bistum Hildesheim nahm an der Zonengrenze eine exponierte Lage ein. Über die Grenze hinaus konnte es möglicherweise politische Signalwirkung haben. Adenauer sah Machens in einer Vorbildfunktion für die katholischen Bischöfe jenseits der innerdeutschen Grenze. Als der politische Weggefährte 1956 starb, verlor Adenauer seinen streitbaren Gottesmann aus Hildesheim. Der neue Vertraute des Kanzlers hieß Heinrich Hellwege und saß seit 1955 auf dem Stuhl des Ministerpräsidenten in Hannover.

Gabriele Vogt



Warten auf Bundeskanzler Konrad Adenauer im Lager Friedland am 5. Januar 1954, von links:
 Ministerpräsident Hinrich Wilhelm Kopf, Bischof Dr. Joseph Godehard Machens, Herzogin Viktoria
 Luise von Braunschweig-Lüneburg